

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1929

30.11.1929 (No. 280)

Expedition:
Karlsruher
Zeitung
Nr. 953
und 954
Postkontos
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Klenz,
Karlsruhe

Bezugpreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Anstehgebühren. Einzelnummer 10 Pf. Samstags 15 Pf. Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 cm Höhe und ein Element Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Nachdruck, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandberegister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Ein herostratisches Unternehmen

Herostrat war der Mann, der aus pathologischem Ehrgeiz, aus krankhafter Eitelkeit den berühmten Tempel der Diana von Ephesus in Flammen aufgehen ließ und damit faktisch sein Ziel erreichte, nämlich daß sein Name unsterblich wurde. Allerdings ist diese Unsterblichkeit seines Namens für immer verknüpft mit seiner verwerflichen Tat, und herostratisch nennt man auch heute noch ein Unterfangen, das nicht um einer Sache selbst willen geschieht, sondern nur zu dem einen Zwecke, den Namen des Urheberers bekanntzumachen, sei es auch auf die Gefahr einer Katastrophe hin. Es ist möglich im weiten Bereich psychologischer Vorgänge, daß jemand sozusagen blind oder gutgläubig die herostratische Tat begeht, daß jemand sich selbst einredet, heroisch zu handeln, während er in Wahrheit nur herostratisch handelt.

An eine solche Möglichkeit hat der deutsche Reichsaussenminister Dr. Curtius gestern wohl gedacht, als er in seiner großen rhetorischen Auseinandersetzung mit Eugen Berg, die Politik der Urheber des Volksbegehrens nicht heroisch, sondern herostratisch nannte. Diese Politik würde allerdings, wenn sie zum Ziele führen könnte, eine Katastrophe für Deutschland bedeuten. Es gehören immerhin sehr viel freundlicher Wille und sehr viel christliche Liebe dazu, um den Urhebern dieser Politik des Volksbegehrens jene Blindheit des Urteils zugubilligen, die allein imstande ist, ihr Tun von dem Vorwurf eines bewußten Verbrechens am deutschen Volke einigermaßen zu entlasten. Im Effekt ist diese Politik jedoch ein solches Verbrechen. Den Versuch des Reichsaussenministers für das Volksbegehren, die Männer, die unter größten Schwierigkeiten für die Befreiung Deutschlands gearbeitet haben, mit dem Odium des Landesverrats zu belasten, wie das in § 4 geschieht, diesen Versuch hat Curtius rund heraus eine Infamie genannt.

Dr. Curtius hat sich gestern mit dieser seiner Rede als Nachfolger Stresemanns dem Reichstag und der Öffentlichkeit vorgestellt. Wir entinnen uns nicht, in den letzten Jahren vom Regierungstisch aus eine wirkungsvollere Rede erlebt zu haben. Denn gleichzeitig war diese Rede außenpolitisch von einer bedachtamen Klugheit, die sicherlich auch im Ausland gewürdigt werden wird. Präziser und schärfer konnte jedenfalls die Beurteilung der Politik des Volksbegehrens nicht ausgesprochen werden. Und im Zusammenhang mit dem entschiedenen Bekenntnis zur Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik des Reiches muß eine solche Beurteilung auch nach außen hin den stärksten Eindruck machen.

Die zehn Fragen, die Dr. Curtius an den Abgeordneten Dr. Eugen Berg gerichtet hat, kennzeichnen den Reichsaussenminister als einen außerordentlich gewandten Debatteur. Herr Eugen Berg, der auch diesmal im Parlament nicht selbst für seine Politik eintrat, sondern Gefolgsleute zweiten Ranges vorschickte, wird durch diese zehn Fragen nicht nur sachlich-politisch, sondern auch rhetorisch-dialektisch durchaus in die Defensive gedrängt. Auf Einzelheiten dieser zehn Fragen wird man noch zurückkommen haben.

Die Erklärung, die der Zentrumsgewählte Eßer im Namen der Regierungsparteien abgab, unterstrich die Ausführungen des Reichsaussenministers in würdiger und packender Weise. Dr. Curtius darf jedenfalls für sich in Anspruch nehmen, daß er mit seiner Rede den Anschauungen der Reichsregierung und dem Willen der erdrückenden Mehrheit unseres Volkes den zwingendsten Ausdruck verliehen hat. Wenn Parlamentsberichterstatter an Curtius — und zwar vor allem an seinem Organ — die rednerische, die stimmliche Kraft vermissen, so mag das ein Eindruck sein, der für die Zuhörer der Rede zutrifft; für die Leser der Rede kann dieser Eindruck jedenfalls nicht gelten. Sehen, muß die Rede als eine der besten und geschicktesten Äußerungen wirken, die man in den letzten Jahren von dem amtlichen Vertreter unserer Außenpolitik vernommen hat. Im übrigen hat Herr Curtius bei den Regierungsparteien und allen denen, die ihm und der bisherigen Außenpolitik des Reiches zustimmen, oekumenischen Beifall gefunden. Der Beifall hat sich in Schluß zu einer regelrechten Ovation gesteigert.

Was wird jetzt bei der Deutschnationalen Volkspartei geschehen? Die Fraktion tagte gestern Abend. Die Sitzung wurde gegen 12 Uhr nachts unterbrochen, um einem Teil der Abgeordneten — man spricht von 20 — Gelegenheit zu einer Sonderbesprechung zu geben. Um 1 Uhr nahm die Fraktionsitzung dann ihren Fortgang. Natürlich hat

Mit der Beilage:

Letzte Nachrichten

Die Befreiung der zweiten Zone Die letzten Vorbereitungen

WZ. NACHEN, 30. Nov. (Tel.) Überall in der zweiten Zone, für die heute die Befreiungskunde schlägt, sind die Besatzungstruppen mit den letzten Vorbereitungen des Abmarsches beschäftigt. Die Zone umfaßt an wichtigen Städten: Kollenz, Nachen, Stolberg, Schweitzer, Düren, Euskirchen, Geilenkirchen, Heinsberg, Grefelz, Jülich, Monschau und Schleiden. Für dieses Gebiet treten die Ordnanngen der Besatzungsbehörde heute nacht 12 Uhr außer Kraft. Praktisch wird die eigentliche Räumung bereits im Laufe des Nachmittags beendet sein.

Bereits in den frühen Morgenstunden sah man in Nachen vor den Hotels und anderen Gebäuden Lastwagen der Besatzungsarmee Soldaten, feldmarschmäßig in Mantel und Stahlhelm, verladen das letzte Gepäck. Die Bevölkerung wird ihre Freunde über die Wiedergewinnung der Freiheit heute nacht, 12 Uhr, und morgen in den angekündigten großen Volksfesten zum Ausdruck bringen.

Was der Abzug der Besatzung für das befreite Gebiet bedeutet, das mögen einige Zahlen für die Stadt Nachen bedeuten. Die Höchstzahl der Truppenstärke betrug in Nachen etwa 9000 Mann, der Durchschnitt in den letzten Jahren etwa 4000. Die Höchstzahl der beschlagnahmten Räume belief sich auf ungefähr 2750 und über 1000 Privatquartiere. Im ganzen sind der Stadt Nachen 31 Millionen Reichsmark Besatzungskosten entstanden. Durch Verkehrsunfälle, die die Besatzungstruppen verursachen, sind 30 Personen verletzt worden. Eine traurige Bilanz ist auch die Ausweisung von 334 Beamten und Angestellten mit ihren Familien. Diese Zahlen zeigen, auch wenn von der Bevölkerung durchaus anerkannt wird, daß das Besatzungsregime sich in den letzten Jahren gebessert hatte, wieviel Grund vorliegt, daß die Einwohnererschaft die Befreiungsstunde mit großer Freude erwartet.

Die Räumung Nachens

WZ. NACHEN, 30. Nov. (Tel.) Heute vormittag, kurz nach halb 12 Uhr, wurde die belgische Fahne, die seit 11 Jahren auf dem Turm des Hauptquartiers wehte, eingeholt. Die Truppen hatten vor dem Gebäude im Staree Paradeausstellung genommen. Nachdem der General die Front abgeschritten hatte, spielte die Kapelle die Brabançonne, bei deren Klängen die Fahne langsam sank. In den angrenzenden Straßen hatte sich eine nach Tausenden zählende Menschenmenge eingefunden. Bald darauf setzten sich die Truppen in Bewegung. Sie werden mit der Bahn nach Namur befördert. Der Kommandant folgt nach Erledigung der offiziellen Abschiedsbesuche im Kraftwagen. Bei der Abperung trat zum erstenmal die Schutzpolizei in Aktion, die zum Teil bereits in Nachen den Dienst wieder übernommen hat, zum anderen Teil heute Abend eintreffen wird. Bald nachdem die belgische Fahne eingeholt worden war, setzte die Bevölkerung an vielen Häusern die deutsche Fahne. Die Freude über die Befreiung kommt damit allgemein und sichtbar zum Ausdruck.

Rundgebung des Oberpräsidenten der Rheinprovinz

WZ. KÖLN, 30. Nov. Der Oberpräsident der Rheinprovinz, Dr. Fuchs, hat aus Anlaß der Befreiung der zweiten Zone eine Rundgebung erlassen, in der es heißt: Die zweite Besatzungszone ist geräumt. In der Nacht zum 1. Dezember werden 2 Millionen Deutsche die Freiheit wiedererlangen. Vom Ehrenbreitstein und dem Dienstgebäude des Oberpräsidenten, das mehr als 10 Jahre der Rheinlandkommission als Unterlufst gebietet hat, wird wieder die deutsche Fahne wehen. In dieser Stunde gedenten wir zunächst der Weiber und Schweftern, die in der dritten Zone des besetzten Gebietes und der Saar weiterhin für Volk und Vaterland fremde Mächte zu ertragen haben. Wir hoffen zuversichtlich, daß auch ihnen recht bald die Stunde der Freiheit schlägt. Mit offenen Armen werden wir die Getreuen von der Saar im Vaterlande empfangen.

Der Südpolflug gelungen

Nach 18 stündigem Flug

WZ. NEW YORK, 30. Nov. (Tel.) Die New-Yorker Zeitungen melden, daß Commander Byrd mit seinen drei Gefährten von einem erfolgreichen Flug über den Südpol wohlbehalten nach seiner Basis in Little America zurückgekehrt ist. Commander Byrd war gestern früh 3.29 Uhr Greenwicher Zeit gestartet. Bis 5.30 Uhr wurden seine drahllosen Vorkosten im Büro der 'New York Times' aufgenommen. Die Flugdauer betrug ungefähr 18 Stunden, die zurückgelegte Strecke 2500 Kilometer.

WZ. NEW YORK, 30. Nov. (Tel.) 'Times' veröffentlicht ein großer Aufmachung als erste telegraphische Meldung vom Südpol einen Fundbruch des Commanders Byrd, der von dem Flugzeug Byrds genau über dem Südpol abgeblendet wurde. Das Blatt hebt in den Überschriften hervor, daß das Flugzeug einen nahezu 4000 Meter hohen Gletscherpaß überflogen mußte, und daß der Südpol eine gewaltige Höhe erreichte, an deren Rande vereiste Berge zu sehen waren. Der Provinz des Flugzeuges mußte zum Teil abgeworfen werden, damit die nötige Höhe zur Überquerung der Höhe erreicht werden konnte.

Das ganze Land verfolgte den Südpolflug mit größtem Interesse. Präsident Hoover hat Byrd und seinen Begleitern seine besten Glückwünsche übermittelt.

es sich um den berichtigten Paragraphen 4 gehandelt. Die neuesten Meldungen über das Ergebnis der Sitzung finden unsere Leser an anderer Stelle dieses Blattes.

Mit der Beilage: 2. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die politische Kräfteverteilung in Baden

Von August Albert, Karlsruhe.

Wenn man ein klares Bild über die Verteilung der politischen Kräfte im Lande Baden gewinnen will, so genügt es nicht die ziffernmäßigen und prozentualen Ergebnisse der Landtagswahl 1929 nebeneinander zu stellen, man muß vielmehr die prozentuale Stärke der einzelnen Parteien zu den einzelnen Amtsbezirken festzustellen suchen. Das soll hier geschehen.

Über 70 Proz. aller Stimmen erhielt das Zentrum in 6 Amtsbezirken (Buchen 74,3, Bühl 71,9, Oberkirch 71,1, Pfullendorf 70,4, Staufen 70,3, Tauberbischofsheim 70,3), über 60 in 4 Amtsbezirken (Waldkirch 67,9, Engen 61,1, Überlingen 62,3, Bruchsal 60,9), 60 bis 50 Proz. in 9 Amtsbezirken (Wiesloch 60,0, Neustadt 57,8, Meskirch 57,1, Säckingen 54,8, Offenburg 53,5, Waldshut 53,4, Wolfach 52,3, Donaueschingen 52,2, Adelsheim 50,1). Das Zentrum hat also in 19 Amtsbezirken mehr als 50 Proz. aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Es ist aber in noch weiteren 10 Amtsbezirken prozentual stärker als jede andere Partei (Konstanz 47,6, Ettlingen 47,5, Stodach 46,2, Mosbach 46,2, Lahr 46,0, Rastatt 45,8, Karlsruhe 45,6, Billingen 45,5, Emmendingen 41,1, Schopfheim 39,6). Die restlichen Amtsbezirke weisen folgende Prozentfähe auf: Wertheim 38,0, Sinsheim 25,2, Mannheim 22,8, Müllheim 21,8, Heidelberg 20,4, Lahr 18,4, Weinheim 17,7, Karlsruhe 17,4, Bretten 14,7, Pforzheim 9,6 und Rehl 5,6.

Die Sozialdemokratie ist prozentual am stärksten vertreten in Mannheim mit 38 Proz. Dann folgen Karlsruhe mit 29,6, Ettlingen mit 25,6, Heidelberg 23,6, Säckingen 22,9, Rehl 22,5, Weinheim 22,5, Bretten 21,8, Lörrach 21,3, Rastatt 21,1, Wolfach 19,8, Freiburg 19,4, Konstanz 18,7, Schopfheim 17,8, Billingen 17,4, Müllheim 15,6, Emmendingen 14,9, Neustadt 14,0, Offenburg 13,5, Sinsheim 13,3, Engen 13,1, Staufen 12,5, Bruchsal 12,3, Donaueschingen 11,8, Waldkirch 10,9, Mosbach 10,5, Waldshut 10,2, Wiesloch 9,2, Lahr 8,8, Adelsheim 8,7, Stodach 8,5, Oberkirch 8,3, Wertheim 8,2, Überlingen 8,0, Bühl 6,9, Meskirch 5,9, Buchen 4,9, Pfullendorf 4,4 und Tauberbischofsheim mit 4,2 Proz.

Die Deutschnationalen haben es in keinem Amtsbezirk auf 10 Proz. aller abgegebenen Stimmen gebracht. Die prozentuale Verteilung auf die einzelnen Amtsbezirke ist hier folgende: Pforzheim 8,1, Wertheim 7,3, Sinsheim 6,9, Heidelberg 6,1, Tauberbischofsheim 6,1, Emmendingen 5,8, Karlsruhe 5,8, Wiesloch und Buchen je 5,5, Wolfach 4,9, Engen und Oberkirch je 4,7, Überlingen 4,3, Freiburg 4,1, Offenburg 3,7, Müllheim 3,6, Konstanz und Weinheim je 3,4, Ettlingen 3,3, Schopfheim und Neustadt je 2,9, Staufen und Rehl je 2,8, Stodach 2,6, Billingen 2,5, Pfullendorf und Rastatt je 2,3, Lahr und Mannheim je 2,2, Bühl 1,8, Säckingen und Waldkirch je 1,7, Donaueschingen 1,5, Waldshut 1,0, Meskirch 0,7 Proz. In den vier Amtsbezirken Bretten, Bruchsal, Adelsheim und Mosbach erhielt die Deutschnationalen keine Stimmen.

Die deutsche Volkspartei ist prozentual am stärksten im Amtsbezirk Stodach mit 15,5 Proz. Dann folgen: Emmendingen mit 13,9, Pforzheim 13,2, Schopfheim 13,0, Heidelberg 12,1, Karlsruhe 10,9, Rehl 9,1, Mosbach 8,2, Oberkirch 7,7, Lahr 7,4, Rastatt 7,2, Müllheim und Bretten je 7, Freiburg 6,9, Weinheim 6,2, Stodach 5,9, Konstanz 5,7, Billingen 5,6, Pfullendorf 5,5, Wolfach 5,2, Waldkirch 5,0, Adelsheim 4,6, Neustadt 4,3, Lörrach, Sinsheim, Engen und Wiesloch je 4,2, Donaueschingen und Offenburg je 3,8, Bühl 3,5, Buchen 3,3, Bruchsal 3,2, Ettlingen 3,0, Überlingen 3,7, Säckingen 2,4, Meskirch, Waldshut und Staufen je 2,3, Wertheim 1,9 und Tauberbischofsheim 1,8 Proz.

Die Deutsche Demokratische Partei ist prozentual am stärksten im Amtsbezirk Stodach mit 20,5 Proz. Dann folgen: Lahr mit 16,9, Überlingen 14,7, Donaueschingen 13,4, Konstanz 10,7, Sinsheim 10,2, Billingen 10,0, Säckingen 9,7, Neustadt 9,6, Waldshut 9,2, Meskirch 9, Lörrach 8,9, Engen 8,7, Heidelberg 8,6, Müllheim 8,4, Rastatt 7,1, Mannheim 7,1, Rehl 7, Karlsruhe 6,2, Mosbach 6,1, Wolfach 5,8, Emmendingen 5,3, Weinheim 5,3, Pforzheim 5,2, Bretten 5,0, Staufen 4,9, Waldkirch 4,8, Schopfheim 4,2, Offenburg und Ettlingen je 4,0, Freiburg 3,8, Bruchsal 3,7, Wiesloch 3,5, Tauberbischofsheim 2,9, Adelsheim 2,7, Buchen 2,5, Pfullendorf 2,2, Bühl und Wertheim je 2,1 und Oberkirch mit 1,1 Proz.

Die prozentuale Verteilung der Wirtschaftspartei auf die einzelnen Amtsbezirke ist folgende: Lörrach 9,6, Frei-

burg 8,7, Müllheim 8,6, Pforzheim 8,5, Billingen 7,4, Kehl 6,6, Offenburg 5,8, Mannheim 5,7, Waldkirch 5,5, Wolfach 5, Schopfheim und Ettlingen je 4,4, Rastatt 3,9, Konstanz und Karlsruhe je 3,5, Bühl 2,9, Neustadt und Oberkirch je 2,8, Säckingen und Lahr je 2,4, Heidelberg 2,0, Donaueschingen 1,8, Pfullendorf und Emmendingen je 1,6, Waldshut, Bretten und Bruchsal je 1,5, Überlingen 1,4, Wiesloch 1,2, Staufen 1,0, Weinheim 0,9, Stodach und Sinsheim je 0,4, Meßkirch und Engen je 0,2 Proz. In den Amtsbezirken Adelsheim, Mosbach, Buchen, Tauberbischofsheim und Wertheim erhielt die Wirtschaftspartei keine Stimmen.

Die Kommunisten sind mit 18,1 Proz. am stärksten im Amtsbezirk Mannheim. Dann folgen: Mannheim mit 12,8, Rörach 12,6, Heidelberg 7,6, Karlsruhe 6,5, Pforzheim 6,5, Rastatt 6,2, Konstanz 5,8, Wiesloch 5,3, Schopfheim 5,0, Ettlingen 4,5, Stodach 4,3, Waldshut 4,1, Kehl 3,6, Säckingen und Neustadt je 3,4, Offenburg 3,2, Bruchsal 3,1, Billingen 3,0, Lahr 2,7, Mosbach 2,4, Müllheim 2,3, Überlingen, Engen und Bretten je 2,2, Freiburg 2,1, Sinsheim 1,9, Buchen 1,8, Wolfach und Bühl je 1,6, Donaueschingen und Waldkirch je 1,5, Oberkirch 1,2, Adelsheim, Emmendingen und Wertheim je 1,1, Meßkirch 0,9, Pfullendorf 0,8, Tauberbischofsheim 0,7 und Staufen 0,6 Prozent.

Die Linken Kommunisten haben nur in sechs Amtsbezirken Stimmen erhalten, die sich prozentual wie folgt verteilen: Bruchsal 2,1, Kehl 1,1, Mannheim 0,5, Bühl und Karlsruhe 0,3, und Bretten 0,2 Proz.

Die Nationalsozialisten sind prozentual am stärksten im Amtsbezirk Kehl mit 32,0 Proz. Dann folgen Weinheim mit 20,1, Adelsheim 19,9, Wertheim 18,1, Sinsheim 15,6, Heidelberg 14,0, Bretten 13,6, Mosbach 13,4, Karlsruhe 10,7, Mannheim 8,3, Tauberbischofsheim 8,2, Offenburg 8,0, Bruchsal 7,0, Bühl 6,6, Lahr 6,2, Pforzheim 5,2, Ettlingen 4,6, Freiburg 4,1, Rastatt 4,0, Wolfach 3,8, Neustadt 3,3, Rörach 3,1, Konstanz und Emmendingen je 2,9, Billingen 2,8, Donaueschingen 2,7, Buchen 2,6, Oberkirch 2,4, Müllheim 2,3, Wiesloch 1,8, Säckingen 1,4, Schopfheim 1,3, Waldshut 1,1, Staufen 1,0, Waldkirch 0,8, und Engen 0,4 Proz. In den Amtsbezirken Meßkirch, Pfullendorf, Stodach und Überlingen erhielten die Nationalsozialisten überhaupt keine Stimmen.

Die prozentuale Verteilung der Badischen Bauernpartei auf die einzelnen Amtsbezirke ist folgende: Müllheim 21,7, Meßkirch 21,3, Waldshut 16,5, Bretten 12,5, Sinsheim 12,4, Rörach 11,7, Donaueschingen 9,6, Schopfheim 8,9, Adelsheim 7,8, Mosbach 7,0, Stodach 5,9, Emmendingen 5,1, Buchen 4,1, Pforzheim 3,9, Staufen 3,3, Kehl 3,0, Bruchsal 2,6, Wiesloch 2,5, Überlingen 2,4, Säckingen 1,9, Wertheim 1,7, Tauberbischofsheim 1,6, Mannheim 1,4, Lahr 1,3, Engen 1,2, Neustadt und Bühl je 1,1, Karlsruhe 0,8, Freiburg und Waldkirch je 0,7, Ettlingen 0,6, Pfullendorf und Weinheim je 0,3 Proz. In den Amtsbezirken Billingen, Wolfach, Oberkirch, Offenburg, Rastatt, Heidelberg und Konstanz erhielt die Badische Bauernpartei überhaupt keine Stimme.

Die prozentuale Verteilung des Evangelischen Volksdienst auf die einzelnen Amtsbezirke ist folgende: Wertheim 19,7, Bretten 10,5, Müllheim 8,0, Emmendingen 8,0, Sinsheim 7,8, Pforzheim 7,4, Wiesloch 6,7, Kehl 6,5, Rörach 5,9, Karlsruhe 5,9, Billingen 5,5, Weinheim 5,5, Mosbach 4,8, Lahr 4,7, Mannheim 4,2, Heidelberg und Adelsheim je 4,1, Freiburg 3,1, Bruchsal 2,6, Schopfheim und Tauberbischofsheim je 2,2, Konstanz 2,1, Ettlingen 2,0, Wolfach und Rastatt je 1,4, Pfullendorf und Offenburg je 1,3, Überlingen und Bühl je 1,0, Staufen 0,9, Waldkirch 0,8, Stodach, Donaueschingen, Neustadt und Oberkirch je 0,4, Meßkirch 0,3, Engen 0,2, Buchen 0,1 Proz. In den Amtsbezirken Säckingen und Waldshut erhielt die Partei keine Stimme.

Die Christlich Soziale Reichspartei ist prozentual am stärksten in dem Amtsbezirk Stodach mit 4,1 Proz. Dann folgen Offenburg mit 2,6, Ettlingen 2,0, Engen und Wiesloch mit je 1,7, Tauberbischofsheim 1,6, Mosbach 1,1, Wertheim 1,0, Lahr und Sinsheim 0,9, Waldshut 0,7, Säckingen und Mannheim 0,6, Konstanz und Adelsheim 0,5, Schopfheim, Freiburg, Staufen, Waldkirch, Bretten, Buchen je 0,4, Pfullendorf, Überlingen, Donaueschingen, Rörach, Müllheim, Neustadt, Billingen, Bühl, Rastatt, Bretten je 0,3, Meßkirch, Emmendingen, Wolfach, Kehl, Karlsruhe, Weinheim, Heidelberg je 0,2, Oberkirch und Pforzheim je 0,1 Proz.

Die Volksrechtspartei hat ihren höchsten Prozentfuß mit 2,7 im Amtsbezirk Pforzheim erreicht. Dann folgen: Meßkirch 1,4, Karlsruhe 1,4, Heidelberg 1,3, Sinsheim 1,1, Donaueschingen 1,0, Wertheim 0,9, Konstanz 0,8, Rastatt, Bruchsal und Weinheim je 0,7, Pfullendorf, Freiburg und Bretten je 0,6, Rörach, Lahr, Offenburg, Wiesloch und Adelsheim je 0,5, Stodach, Engen, Müllheim, Buchen und Tauberbischofsheim je 0,3, Oberkirch 0,2, und Emmendingen mit 0,1 Proz. Keine Stimme erhielt die Volksrechtspartei in den Amtsbezirken Überlingen, Säckingen, Waldshut, Neustadt, Staufen, Waldkirch, Billingen, Wolfach, Bühl und Kehl.

Es lassen sich zu dieser Betrachtung noch folgende politische Feststellungen machen: Das Zentrum ist prozentual in 32 Amtsbezirken die stärkste Partei. In vier steht es an zweiter, in drei an dritter und in einem an achter Stelle.

Die Sozialdemokratie steht in sechs Amtsbezirken an erster Stelle, in 20 an zweiter, in elf an dritter und in drei an vierter Stelle.

Wie steht es mit den übrigen Parteien?

Die Deutschnationalen stehen in zwei Amtsbezirken an

Das Volksbegehren vor dem Reichstag

Eine Rede des Reichsaussenministers

Die Reichstagsitzung am Freitag brachte die mit Spannung erwartete Auseinandersetzung über das Volksbegehren gegen den Youngplan. Als einziger Punkt stand auf der Tagesordnung die erste Beratung des aus dem Volksbegehren hervorgegangenen „Gesetzes gegen die Verklabung des deutschen Volkes“. Saal und Tribünen war dicht besetzt, als Reichsaussenminister Dr. Curtius die Verhandlung einleitete durch eine Rede, in der er sich mit außerordentlicher Schärfe gegen das Volksbegehren aussprach.

Aussenminister Dr. Curtius betonte, er habe die Vertretung des Regierungspunktes übernommen, um auch nach außen hin zu zeigen, daß es sich bei dem Volksbegehren nicht etwa um eine antimarkistische Front, sondern um einen Kampf Eugenbergs kontra Severing handle. Das Reichskabinett sei einig in der Erwartung, daß die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes die Vorlage des Volksbegehrens ablehnen und damit die Regierung unterstützen werde in der Fortführung der Außenpolitik des Friedens und der Verständigung, die allein das deutsche Volk zur Freiheit führen könne. Mit besonderer Schärfe verurteilte der Minister den § 4 der Vorlage, der die Unterzeichnung des Youngplanes wegen Landesverrats mit Zuchthaus bedrohen will. Der Minister bezeichnete es als eine Inzornie, wenn auf diese Weise die Träger der bisherigen Außenpolitik, darunter auch der frühere Reichsaussenminister Dr. Stresemann, entehrt werden sollen. Das dem Volksbegehren zugrundeliegende sog. „Freiheitsgesetz“ sei eine Verfälschung der Öffentlichkeit. Das Volksbegehren sei überhaupt ein ganz ungeeignetes Instrument zur Entscheidung über außenpolitische Fragen. Anträgen der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten gegenüber erklärte der Minister, daß die Regierung an dem Termin des 22. Dezember für die Volksentscheidungsabstimmung festhalten werde. Die Ministerrede wurde wiederholt durch lebhafteste Beifallstundgebungen der Regierungsparteien unterstützt.

Die Regierungsparteien gaben den Mund des Zentrumsabgeordneten Effer eine gemeinsame Erklärung ab des Inhaltes, daß sie in Übereinstimmung mit der Mehrheit des deutschen Volkes das aus dem Volksbegehren hervorgegangene Gesetz in allen seinen Teilen ablehnen würden.

Als nun der Deutschnationale Dr. Oberfahren die Rednertribüne bestieg, um für das Volksbegehren einzutreten, wurde von allen Seiten nach Eugenbergs gerufen. Dr. Oberfahren protestierte zunächst gegen die Art, mit der die Regierung die Agitation gegen das Volksbegehren getrieben habe. Er suchte dann nachzuweisen, daß der Youngplan dem deutschen Volke keine Erleichterung gegenüber dem Dawesplan bringe, sondern eine viel gefährlichere Krise heraufbeschwören werde, als die Dawesstrategie, bei der wenigstens Deutschlands Währung einen gewissen Schutz gehabt hätte. Wenn der Volksentscheid auch keine Mehrheit erbringen werde, so lehre doch die Geschichte, daß die Geschichte eines Volkes sehr oft durch Minderheiten geformt werden.

Abg. Bredt von der Wirtschaftspartei erklärte, daß seine Fraktion gegen die Annahme des Youngplanes vor einer befriedigenden Regelung der Sachfrage sei. Das Volksbegehren aber sei nach Form und Inhalt zu verurteilen. Die Regierung freilich habe in der Agitation gegen dieses Volksbegehren grobe Ungeheuerlichkeiten begangen. Sie sei auch im Unrecht, wenn sie die Vorlage des Volksbegehrens als verfassungswidrig bezeichne.

Der nationalsozialistische Abg. Dr. Feder, der dann gegen die Regierung sprach, war zunächst verhältnismäßig milde in der Form. Einen Ordnungsruf verjagte er sich nur dadurch, daß er meinte, für Unterzeichner des Youngplanes sei die Zuchthausstrafe noch zu milde, sie müßten aufgehängt werden. Der kommunistische Abg. Sedert belämpfte zwar den Youngplan, aber ebenso die Vorlage des Volksbegehrens.

weiter, in fünf an vierter, in fünf an fünfter, in drei an sechster, in acht an siebter, in fünf an neunter und in einem an zehnter Stelle.

Die Deutsche Volkspartei steht in zwei Amtsbezirken an zweiter, in fünf an dritter, in zehn an vierter, in zwölf an fünfter, in fünf an sechster, in drei an siebter und in drei an achter Stelle.

Die Demokraten stehen in vier an zweiter, in acht an dritter, in vier an vierter, in acht an fünfter, in acht an sechster, in sechs an siebter und in zwei an achter Stelle. Die Wirtschaftspartei steht in einem Amtsbezirk an dritter, in vier an zweiter, in sieben an fünfter, in vier an sechster, in fünf an siebter, in drei an achter, in sechs an neunter, in drei an zehnter, und in einem an elfter Stelle.

Die Kommunisten stehen in zwei Amtsbezirken an dritter, in vier an vierter, in sechs an fünfter, in vier an sechster, in acht an siebter, in neun an achter, in vier an neunter und in drei an zehnter Stelle.

Die Nationalsozialisten stehen in einem Amtsbezirk an erster, in fünf an zweiter, in sechs an dritter, in zwei an vierter, in zwei an fünfter, in fünf an sechster, in zwei an siebter, in sieben an achter, in drei an neunter, und in drei an zehnter Stelle.

Die Badische Bauernpartei steht in einem an erster, in drei an zweiter, in sechs an vierter, in zwei an fünfter, in zwei an sechster, in drei an siebter, in sieben an achter, in sechs an neunter und in zwei an zehnter Stelle.

Der Evangelische Volksdienst ist in einem an zweiter, in einem an dritter, in einem an vierter, in einem an fünfter, in neun an sechster, in fünf an siebter, in vier an achter, in neun an neunter und in fünf an zehnter und in einem an elfter Stelle.

Die beiden Koalitionsparteien Zentrum und Sozialdemokratie verfügen in 18 Amtsbezirken über mehr als 66 Prozent aller abgegebenen Stimmen, in weiteren zwölf Amtsbezirken über mehr als 50 Prozent. Nur in zehn Amtsbezirken bleiben sie unter diesem Satz. Hier schwankt die Ziffer zwischen 47,7 und 36,5 Prozent.

Wer das hier gegebene Zahlenmaterial objektiv betrachtet, der muß zu den gleichen Schlüssen kommen, wie sie in der „Karlsruher Zeitung“ kürzlich gemacht worden sind, daß eben den tatsächlichen Verhältnissen, wie sie durch den Ausgang der Wahl geschaffen worden sind, auch bei der Regierungsbildung Rechnung getragen werden mußte.

Abg. von Freitagshagen, der zweite deutschnationale Redner, belämpfte mit juristischen Darlegungen den Standpunkt der Regierung, daß die Vorlage des Volksbegehrens verfassungswidrig sei. Er wandte sich auch gegen den 22. Dezember als Termin für den Volksentscheid.

Abg. Döbrich von der Christlichnationalen Bauernpartei und Abg. Dr. Best von der Christlichnationalen Partei belämpften beide den Youngplan, ohne sich jedoch auf die Vorlage des Volksbegehrens festzulegen.

Am Schluß der ersten Beratung beantragten die Deutschnationalen die Überweisung der Vorlage an den Rechtsausschuss. Das wurde jedoch von der Mehrheit abgelehnt.

Die heutige Samstagssitzung

Die zweite Beratung, welche die Ablehnung der Vorlage bringen wird, begann am heutigen Samstag um 10 Uhr früh. Der frühe Termin ist gewählt worden, damit die rheinischen Abgeordneten die Möglichkeit haben, zu den Befreiungsfeiern in die Heimat zu fahren.

Die Aussprache wird von Frau Lehmann (Dnl.) eingeleitet, welche das Verhalten des Rechtsausschusses gegen die Rede des Ministers verteidigt.

Als Abg. Eugenbergs am Schluß der Rede den Saal betritt, wird er von der Linken mit lauten Ausrufen und mit Lachen begrüßt.

Abg. Freiherr von Karborff (DVB) nennt die Aktion der Rechten ein Spiel mit dem Feuer. Was würden Sie dazu sagen, wenn Volksbegehren eingeleitet werden über die Streichung hoher Offizierspensionen oder über die Konfiskation aller Vermögen über 50 000 RM? Wir hatten erwartet, daß der Abg. Eugenberg selbst das Wort nehmen würde. Seine Zeitungen haben ihn ja mit Bismarck verglichen. (Gelächter.) Bismarck war kein guter Redner, aber er redete doch, weil er dem Parlament immer etwas zu sagen hatte. Die Männer des Volksbegehrens müßten von vornherein wissen, daß sie damit eine Mehrheit nicht zu erzielen konnten. Dieses Volksbegehren diene nur dem Zweck der Verwirrung und Verhehlung. Der § 4 hat uns aufs tiefste gekränkt und verlegt. Wir haben den Mord an Erzberger und an Rathenau erlebt. Wir wissen, welche furchtbaren Folgen es haben kann, wenn man den Vorwurf des Landesverrats gegen Staatsmänner vor urteilslosen, verheerenden jungen Leuten erhebt. (Lebhafte Zustimmung.) Wir begrüßen die frühe Ansetzung des Termines für den Volksentscheid, denn es muß mit dieser Volksbegehren und Volksvergiftung Schluß gemacht werden.

Reichsinnenminister Severing erklärt, daß die ganze Aktion gegen das demokratische System gerichtet sei. Wenn man verlangt, daß die durch § 4 „Gebrandmarkten“ sich eine solche Beschimpfung durch ihre Beamten gefallen lassen, so heißt das, von ihnen eine zu große Dosis Selbstverleugung und Kammesgeduld verlangen. Ich kann nur an der Erklärung festhalten, daß die Beamten, die ausdrücklich sich mit dem Inhalt des § 4 identifizieren, im Dienste der Republik keinen Platz haben sollen. (Händelatschen bei den Sozialdemokraten und Demokraten.) Herr Eugenberg hat weder im Reichstag noch im Rundfunk über das Volksbegehren gesprochen. Er übt sein Amt des Generalschafmeisters seiner Partei und Bewegung aus nach dem Leitwort: „Und willst du nicht mein Bruder sein, so stelle ich die Zahlung ein!“ Am 22. Dezember, am Tage des Volksentscheides, sollte jeder zu Hause bleiben und so mit Herrn Eugenbergs abrechnen. Wer aber durch Terror gezwungen wird, an der Abstimmung teilzunehmen, der mache durch einen Strich durch den Stimmzettel zugleich einen Strich durch die Rechnung des Herrn Eugenbergs. Das deutsche Volk muß am 22. Dezember zum Ausdruck bringen, daß es in der Republik nicht Verhältnisse haben will, wie in einer deutschen Diktatur (Beifall).

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) erklärt, die Deutschnationalen hätten kein Recht, sich über Terror gegen die Beamten zu beklagen, denn sie seien Nachfahren jener alten Konservativen, die den Terror gegen wirtschaftlich Abhängige zum politischen Prinzip erhoben hätten. Beim Volksbegehren sei das deutlich in die Erscheinung getreten. Die These von der Alleinverantwortung Deutschlands am Weltkrieg ist von uns immer mit größter Entschiedenheit belämpft worden. Wenn heute am Rhein Befreiungsfeiern stattfinden können, so verdanken wir das der Außenpolitik, die im Eugenbergschen Volksbegehren als landesverräterisch bezeichnet wird.

Der Konflikt in der Deutschnationalen Partei

Einigkeit erzielt? Die Sitzung der deutschnationalen Reichstagsfraktion wurde am Freitag fortgesetzt und dauerte heute um halb 3 Uhr morgens noch an. Es war damit zu rechnen, daß eine Anzahl Fraktionsmitglieder bei der heutigen Abstimmung im Reichstagsplenum sich einer Stellungnahme zum § 4 entziehen und dadurch ihre abweichende Haltung zum Ausdruck bringen würden. Bei den Besprechungen spielte gestern ein Vermittlungsantrag eine gewisse Rolle, der darauf abzielte, auf eine Abstimmung über § 4 — nach der vorauszuweisenden Ablehnung der Paragraphen 1 bis 3 — überhaupt zu verzichten.

Schließlich wurde mitgeteilt, daß über das Verfahren bei der Abstimmung über das Freiheitsgesetz in der heutigen Samstagssitzung Einigkeit in der Fraktion erzielt wurde.

Wie dazu aus deutschnationalen Kreisen mitgeteilt wird, tritt die Fraktion einstimmig für das Gesetz ein. Und diejenigen, die an der Abstimmung über den § 4 sich nicht beteiligen, werden geschlossen die übrigen Paragraphen und das Gesamtgesetz annehmen. Man rechnet damit, daß von den Anwesenden circa 10 Abgeordnete sich an der Abstimmung über den § 4 nicht beteiligen.

Die Londoner Flottenkonferenz

Abreise der japanischen Marine-Delegation Die japanische Delegation für die Londoner Fünfmächtekonferenz wird heute nach Seattle in See gehen. Die Marine hat eine eindrucksvolle Abschiedsfeier vorbereitet. Vier Zeremonien, 4 U-Boote und 18 Flugzeuge werden das Schiff mit den Delegierten von der Tokioducht aus begleiten.

London, 30. Nov. (Tel.) „Times“ meldet: Der japanische Botschafter Matsudaira hatte gestern vormittag mit MacDonald eine weitere Unterredung über die Frage der Fünfmächtekonferenz. Später war er zum Frühstück bei dem amerikanischen Botschafter, General Dawes, mit dem er den größten Teil des Nachmittags verbrachte. Es verlautet, daß zwar noch verschiedene Punkte in ihren Einzelheiten aufgeklärt werden müßten, daß aber nichts eingetreten sei, was irgendwie den Fortgang der Erörterungen zwischen Japan und Großbritannien oder zwischen Japan und den Vereinigten Staaten behindere.